



Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsständen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verteilungsgebiet Ost Sachsen

Beilage: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschaftsberater

Bezugspreis: drei Hörer monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark  
(ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle  
und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Postleitziffer: 17259 / Postleitziffer: Dresden Alt 18600  
Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr  
für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Abonnementpreis: die neuemal gesetzte Abonnementssumme oder deren Raum 0,25 RM., für Familien-  
angelegenheiten 0,20 RM. für die Abonnementssumme anschließend an den dreimaligen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM.  
Abonnement-Ablaufwoche bis 9 Uhr vormittags in der Zeitung Dresden-Alt, Güterbahnhof-  
straße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer  
Betrieb besteht kein Unterbruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Durchzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 24. April 1930

Nummer 95

# Ein ungeheuerlicher Reichsbanneraufruf

Hörsing erklärt: Jede Kritik an den Bürgerblockparteien „ist aus schärfste zu verurteilen!“

## Reichsbannerarbeiter, entscheidet euch!

Gegen die Hörsing und Brüning, mit den kommunistischen Arbeitern!  
So rüstet zum 1. Mai!

Dresden, den 24. April 1930.

Zur selben Stunde, da in der sächsischen SPD-Presse die Antikommunistenhege der Hugenberg-Hitler-Journalie noch überboten wird, erscheint in der bürgerlichen Presse ein Aufruf des Bundesvorstandes des Reichsbanners, der wohl das Ungeheuerliche darstellt, was man von der sozialdemokratischen Führung bisher erwarten konnte.

Am 2. April, als die kommunistische Partei eine mächtvolle Demonstration im Lustgarten gegen die eben gebildete Bürgerblockregierung und deren sozialfascistische Helferhelfer durchführte, waren auch einige Reichsbannergruppen umhergezogen und hatten ein paar zähne Worte gegen die Schiele, Treitschke, Brüning rückt.

Die Antwort war ein Ultimatum des Zentrums, das sich jeden Angriff auf die Bürgerblockregierung verdankt. Jetzt erscheint ein von den sozialdemokratischen Führern Hörsing und Södermann unterzeichnete Aufruf des Reichsbannerbundes, Leitung, in dem es u. a. wörtlich heißt:

„Die Zusammenfassung der Republikaner auf überparteilicher, staatspolitischer Grundlage ist in einem konfessionell, politisch und parteilich so pervertierten Volk wie dem deutschen allein eine nationale Tat und ein vaterländisches Verdienst von geschichtlichem Wert.“

„... Die republikanischen Parteien haben sich im Reich leider sehr oft getrennt. Jenes- und außerpolitische Notwendigkeit haben sie aber auch immer wieder zusammengeführt. Wir bedauern und verurteilen es daher auf das äußerste, daß, wenn auch nur vereinzelt, beim letzten Regierungswchsel bei Debatten in unseren Reihen unsoziale Angriffe auf republikanische Parteien und deren führende Persönlichkeiten erfolgten...“

„Es gibt keinen Kurswechsel im Reichsbanner, mögen auch Sozialisten und Kommunisten und sozialfascistische Parteimänner darauf hoffen. Mögen die republikanischen Parteien zusammenstehen oder aus tatsächlichen Gründen einmal trennen, wir halten die uns allen gemeinsame republikanische Linie und fordern alle Männer und Junglinge auf, dem Reichsbanner beizutreten.“

Die „republikanischen Parteien und deren führende Persönlichkeiten“, von denen die Reichsbannerleitung hier spricht, sind die demokratischen Bankiers und die Zentrumskapitalisten. Sie sind die Träger des Bürgerblocks, des Zolls und Steuerwuchers, der Panzerkreuzerausstattung, der Milliardenabventionen an die ostelbischen Juifen. Es ist die Herrschaft jener Parteien, von der die SPD-Presse behauptet, daß sie „die reaktionärste Regierung seit Jahren“ sei.

Die sozialdemokratischen Reichsbannerarbeiter haben das Oppositorium der SPD-Führer für bare Münze genommen. Sie wollen keine Bürgerblockgarde sein und demonstrierten gegen die Bürgerblockherrschaft. Wie antwortet die SPD-Führung darauf? Der Kampf der Reichsbannerarbeiter gegen das Hunger- und Terrorregime eines Brünings ist „aus schärfste zu verurteilen“. Bürgerblockregierung und Oppositionstellung der SPD sind „aus sozialistischen Gründen“ erfolgt. Aber über dieser gelegentlichen Trennung steht das gemeinsame republikanische Bündnis zwischen den SPD-Führern, den demokratischen Bankiers und Zentrumskapitalisten des Bürgerblocks.

SPD-Arbeiter, begreift ihr diese schändliche Politik eurer Führer? In Leipzig sind sozialdemokratische Jungproleten Seite an Seite mit ihren kommunistischen Klassenbrüderinnen marschiert. Die Dresden sozialdemokratische „Volkszeitung“ nannte diese Demonstranten „Klassenbrüder“, denen das Messer jederzeit lose im Gürtel sitzt. Demonstranten für die Klassenfront des Proletariats und gegen Bürgerblockherrschaft, wie es in Leipzig erfolgte, ist für die sozialdemokratischen Arbeiter verboten. Mit ihren kommunistischen Klassenbrüderinnen marschieren, heißt, sich „mit Rowdys, mit Räubern und Dorflägen solidarisieren“. Aber Stärkung des Reichsbanners zur Verteidigung der Bürgerblockparteien ist die Linie des Reichsbanners und jeder Protest gegen den bürgerlichen Klassenfeind ist „aus schärfste zu verurteilen“.

## Massenaufmarsch zum 1. Mai

Von Rudolf Rennert

Die Heute in der bürgerlichen und sozialfascistischen Presse sagen die revolutionären Arbeiter feiert wieder einmal Orgien. Die bürgerliche wie die sozialfascistische Presse fordert das Verbote der Kundgebungen der KPD. Die „Dresdner Volkszeitung“ fügt nur heuchlerisch hinzu: „Dann möchte man Strafentflechtungen aller Art verbieten, ganz gleich, von welcher Seite sie veranstaltet werden.“ Diese SPD zeigt sich schon ganz als die künftige Regierungspartei, die bereit ist, im Interesse der Kapitalisten die Niederkämpfung der revolutionären Arbeiter durchzuführen. Doch die Leute wissen, daß ein Demonstrationsverbot kein Mittel gegen die Arbeitermassen ist. Dass die Arbeiter das Recht auf die Strafe nicht nehmen lassen. Die Erfahrungen vom vorjährigen Jahre in Berlin und die Erfahrungen vom 8. und 13. März zeigen, daß die Arbeiter die Strafe behaupten. Deshalb fügt die Volkszeitung wehrlos an:

„Ubrigens ist ein Verbot auch kein stärkeres Mittel gegen Zusammenstoße... Die KPD hätte sich wahrscheinlich auch durch ein Verbot nicht am Demonstrationen und Umzügen hindern lassen... Möglich und unerwartet entstehende Kundgebungen lassen sich schon aus dem Grunde schwer verhindern, weil die Polizei in einer so großen Stadt nicht überall gleich vor Stelle sein kann, und bei etwasem Einbrechen wäre die Gefahr von blutigem Zusammenstoß erreichbar gegeben gewesen... Hat doch z. B. in Berlin das Demonstrationserbot Zögereis am 1. Mai vorjähriges blutige Straßenkämpfe nicht verhindern können, und es wurde dann von vielen Seiten, nicht nur von den Kommunisten, behauptet, daß gerade das Verbot an den blutigen Zusammenstößen geiragten habe.“

Neben diesem Text bringt die Volkszeitung ein Bild mit der Überschrift: „Die Zentrale braucht Leichen“ und der Untertitel: „Sie drohtet nach Moskau; Iwo Schapo tot. Erbitterte Bestätigung unserer Führerstellung und Rabpellung baldig.“

Wir stellen dieser mahlenen Hebe den Polizeibericht gegenüber. „Zu dem Vorfall, bei dem die beiden Polizeibeamten gestorben wurden, schreibt der Bericht: „Der Vorfall ist spontan entstanden!“ Wir werden auf die Entstehungsursache noch zurückkommen. Weiter heißt es dann in dem Bericht:

„Zu besonders scharem Eingreifen der Polizei lag zunächst ein Anlaß nicht vor, denn die Unmäßige nach dem Augustauszug

## Massenverhaftungen von Jungkommunisten in Dresden

Kuhn (AVD) setzt Fleißners (SPD) Polizeiprovokationen fort

Dresden, den 24. April.

Bei einer gestern abend stattfindenden Kundgebung der revolutionären Jugend in Dresden-Neustadt wurden von der Polizei Massenverhaftungen vorgenommen. Obwohl der Abmarsch vom Versammlungsort vor 8 Uhr stattfand, Demonstrationen mit Gesang und Musik also gelegentlich unläufig sind, wurden 30 Jugendliche inhaftiert, auf Automobile verladen und ins Polizeipräsidium gebracht, wo sie bis zur Stunde noch festgehalten werden.

Auch bei dem Ein treffen der Teilnehmer des Leipziger Treffens, Ostermontag, wo auf dem Freiberger Platz die anstehenden Jugendlichen von einer großen Menge von Arbeitern begrüßt und begrüßt wurden, sind zahllose Verhaftungen vorgenommen worden, die zum Teil bis heute noch aufrechterhalten werden.

All diese Verhaftungen stellen eine direkte Provokation der Polizei dar und sind durch nichts bestimmt. Von diesen Verhaftungen liest man kein Wort in der SPD-Presse. Sie erachtet es für selbstverständlich, daß jugendliche Arbeiter hinter Schloß und Riegel gefangen werden müssen. Um so mehr muß der Protest der Betriebe sein, die sofortige Freilassung aller Inhaftierten zu erwirken.

### „Antwort an Fleißner“

Kundgebung in Leipzig — Sozialdemokratische Jugend tritt zum AVD über

Leipzig, 24. April. (Eigener Bericht.) Gestern abend veranstaltete die Kommunistische Partei Leipzig im Gelsenfelder eine Massenprotestversammlung gegen den Arbeit-

termord durch Fleißner Polizei am Reichstagtag. Bereits eine halbe Stunde vor Beginn war die Versammlung überfüllt. Die Polizei war mit 8 Ueberfallautos erschienen und versuchte während der ganzen Dauer der Versammlung, insbesondere aber nach Schluß, auf alle erdenkliche Weise Zusammenstöße zu provozieren, was jedoch an der Disziplin der Massen scheiterte.

In der Versammlung sprach Kenosha Talobs, der, häufig durch Beifall unterbrochen, die politischen Hintergründe der Polizeiprovokationen am Jugendtag schilderte. Nachdem noch ein Vertreter des AVD gesprochen hatte, meldeten sich in der Diskussion parteileiche Arbeiter sowie ein ehemaliger Funktionär des Reichsbanners zu Wort, die ihre Begeisterung für den Verlauf des Reichstagtages und ihren Abscheu gegen den sozialfascistischen Polizeierror zum Ausdruck brachten. Ungeheure Empörung löste die Missbildung aus, daß der von der Menge erschlagene Polizeihauptmann Halle, der den Jugendgenossen Drab niedergeschlagen hat, wie jetzt bekannt wird, Mitglied der SPD war. Unter dem Einfluß der glänzenden Stimmung der Versammlung, die spontan bei der Eröffnung sichend die „Internationale“ sang, traten insgesamt 108 Arbeiter und Arbeitnehmerinnen der Partei, dem AVD und den Antifaschistischen Jungen Garden bei. Drei Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, ein Mitglied des Jungbanners und eine Arbeiterin der SPD vollzogen in der Versammlung ihren Uebertritt zur AVD bzw. zum AVD. Die Partei legt ihre Werbekampagne unter der Parole „Antwort an Fleißner“ fort. Die Versammlung schloß mit dem Appell, in allen Betrieben die Aktion zur Beseitigung des Lagerungsstandes unter der Parole „Strafe frei am 1. Mai“ zu organisieren.